

Schneider-Zeitung

Organ des Verbandes christlicher Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufe

Die „Schneider-Zeitung“ erscheint alle 14 Tage Samstags und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder kostet die „Schneider-Zeitung“ durch die Post bezogen 1 Mark pro Quartal ohne Postgeld.

Deutschlands

Herausgegeben vom
Zentralvorstand.

Redaktion u. Expedition: Köln a. Rh., Benloerwall 9.
Fernsprechanschluß: Ruf Nr. A 8538. — Redaktionsstichtag
Montags Mittags vor dem Erscheinungstag. — Inseraten-
annahme durch Otto Kleine, Berlin SW. 47, Rödernstr. 67.

13. Jahrgang.

Köln, den 23. Dezember 1916.

Nummer 26.

Sind wir dem Frieden nahe?

Diese Frage bewegt heute mehr als je die Herzen nicht nur der Völker der kriegsführenden Staaten, sondern der ganzen Welt; fühlen doch alle die schwere Hand des Krieges, die auf ihren Schultern lastet und sehnen sich nach Frieden. Aber, wer soll ihn bringen. Das ist die große Frage, oder richtiger, sie war es bis zum 12. Dezember, an welchem Tage die Regierungen der verbündeten Mächte durch ein Friedensangebot die ganze Welt überraschten und damit freudige Hoffnungen bei den schwergeprüften Völkern auslösten. Es war am gleichen Tage, an dem die Vertreter der gewerkschaftlichen Organisationen in Berlin in einer einmütigen Kundgebung ihren Willen Ausdruck gaben, alles für des Vaterlandes Schutz darauf zu setzen, als im Reichstage, der zum gleichen Tage zu einer Sitzung einberufen war, der Reichstanzler vor überfülltem Saale der Volkvertretung mitteilte, daß Deutschland und mit ihm seine Verbündeten den Entschluß gefaßt hätten, den Gegnern den Eintritt in Friedensverhandlungen vorzuschlagen. Es ist ein Zusammenreffen von weltgeschichtlicher Bedeutung; hier die Arbeiter mit ihrem ausgesprochenen Willen zum Durchhalten, dort die Regierung eines Staates, die im Vollgefühl der Stärke von Herr und Volk den Feinden die Friedenshand entgegenstreckte; zu einer Zeit, wo die militärische Lage für die Mittelmächte als äußerst günstig bezeichnet werden kann und durch die Siege in Rumänien die Grundlage unseres wirtschaftlichen Durchhaltens eine weitere Stärkung erfahren hat.

Unter lebhaftem Beifall führte der Reichstanzler in seiner Rede u. a. aus:

„In tiefem stillen und religiösen Pflichtgefühl gegen sein Volk und darüber hinaus gegen die Menschheit hält der Kaiser jetzt den Zeitpunkt für eine offizielle Friedensaktion für gekommen.“ Der Kaiser hat deshalb im vollen Einvernehmen und in Gemeinschaft mit den ihm verbündeten Herrschern den Entschluß gefaßt, den Feinden den Eintritt in Friedensverhandlungen vorzuschlagen. Ich habe heute morgen den Vertretern derjenigen Mächte, die unsere Rechte in den feindlichen Ländern wahrnehmen, eine entsprechende, an alle unsere Feinde gerichtete Note mit der Bitte um Übermittlung gegeben. Das gleiche geschieht heute in Wien, in Konstantinopel und in Sofia. Auch die übrigen Neutralen und Seine Heiligkeit der Papst werden von unserem Schritt benachrichtigt.

Die Note hat folgenden Wortlaut:

„Der furchtbare Krieg, den die Geschichte je gesehen hat, wüthet seit 2½ Jahren in einem großen Teil der Welt. Diese Katastrophe, die das Band einer gemeinsamen tausendjährigen Zivilisation nicht hat aufhalten können, trifft die Menschheit in ihren wertvollsten Grundsätzen. Sie drückt die großen geistigen und materiellen Fortschritte, die den Stolz Europas zu Beginn des 20. Jahrhunderts bildeten, in Trümmer zu legen.“

Deutschland und seine Verbündeten, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei, haben in diesem Kampfe ihre unüberwindliche Kraft bewiesen. Sie haben über ihre an Zahl und Kriegsmaterial überlegenen Gegner gewaltige Erfolge errungen.

Unerschütterlich halten ihre Linien den immer wiederholten Angriffen der Feinde stand. Der jüngste Ansturm am Balkan ist schnell und siegreich niedergeworfen worden. Die letzten Ereignisse beweisen, daß auch eine weitere Fortdauer des Krieges die Widerstandskraft nicht zu brechen vermag, daß vielmehr die Gesamtlage zur Erwartung weiterer Erfolge berechtigt.

Zur Verteidigung ihres Vaterlands und ihrer nationalen Entwicklungsfreiheit wurden die vier verbündeten Mächte gezwungen, zu den Waffen zu greifen; auch die Rudimente ihrer Heere haben daran nichts geändert. Sie haben sie an der Überzeugung festgehalten, daß ihre eigenen Rechte und ihre begründeten Ansprüche in keinem Abwärtsschritt zu den Rechten der anderen Nationen stehen. Sie sehen nicht darauf aus, ihre Gegner zu erschüttern oder zu vernichten.

Getragen von dem Bewußtsein ihrer militärischen und wirtschaftlichen Kraft und bereit, den ihnen aufgezungenen Kampf nötigenfalls bis zum äußersten fortzusetzen, zugleich aber von dem Wunsch befreit, weiteres Blutvergießen zu verhindern und den Grenzen des Krieges ein Ende zu machen, schlagen die vier verbündeten

Mächte vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten.

Die Vorschläge, die sie zu diesen Verhandlungen mitbringen werden, und die darauf gerichtet sind, Gerechtigkeit, Ehre und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker zu sichern, bilden nach ihrer Überzeugung eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens.

Wenn trotz dieses Anerbietens zu Friede und Verführung der Kampf fortbauern sollte, so sind die vier verbündeten Mächte entschlossen, ihn bis zum siegreichen Ende zu führen. Sie lehnen aber feierlich jede Verantwortung dafür vor der Menschheit und der Geschichte ab.

In unseren Feinden liegt es nun, ob ein Frieden zu Stande kommt oder nicht. Lehnen sie das Friedensangebot ab, dann wird das deutsche Volk auch weiter furchtlos und aufrecht seine Straße ziehen und mehr denn je den Kampf bis zum endgültigen Siege durchführen.

Der vaterländische Hilfsdienst.

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung im vaterländischen Sinne gestaltete sich eine Versammlung sämtlicher Gewerkschaften Deutschlands und der privaten Angestellten und kaufmännischen Organisationen, die am 12. Dezember in den Germaniasälen in Berlin stattfand, um zu dem neuen Hilfsdienstgesetz Stellung zu nehmen. Als Vertreter des Reichstanzlers mochte Staatssekretär Dr. Heffterich den Verhandlungen bei. Außerdem waren u. a. anwesend: der Chef des Kriegsamtes Generalleutnant Gröner, Unterstaatssekretär Richter, der Direktor des Reichsamtes des Innern, Erzengel Kaspar, sowie zahlreiche Mitglieder aller Fraktionen des Reiches und Landtages.

Das Büro der Versammlung wurde von Vertretern sämtlicher Gewerkschaftsrichtungen und der Angestelltenverbände gebildet. Kurz vor 11 Uhr eröffnete der Vorsitzende der Gewerkschaftskommission der freien Gewerkschaften Deutschlands, Reichstagsabgeordneter Regien, die von über 300 Personen besuchte Versammlung mit der Mitteilung, daß die erschienenen Delegierten, Organisationen von 4 Millionen Mitgliedern, bei Kriegsbeginn vertreten seien. Eine Versammlung wie die heutige, wie in Deutschland noch nicht stattgefunden. Außerordentliche Umstände und Verhältnisse führen die Gewerkschaften der verschiedenen politischen Richtungen zu außerordentlichen Maßnahmen zusammen. Heute hieße es, gemeinsame Not zu heuern und gemeinsame Pflichten zu erfüllen.

Die Trostung der Feinde, Deutschland zu friedmetern und uns vom Weltmarkt verdrängen zu wollen, wird nach der gegenwärtigen Kriegslage wohl eine Trostung bleiben. Sollte Deutschland aber schließlich doch unterliegen, so würden diejenigen Kreise, die nichts weiter haben als ihre Arbeitskraft zu verkaufen, die Arbeiter und Angestellten am schwersten getroffen werden. Gegenwärtig heiße es, die gemeinsame Not zu heuern und dem Auslande darzutun, daß Deutschland noch lange nicht am Ende seiner Leistungsfähigkeit angelangt ist.

Hierauf nahm Staatssekretär Heffterich das Wort zu längerem, mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen, desgleichen Generalleutnant Gröner. Beide begrüßten die opferfreudige Bereitwilligkeit der vertretenen Organisationen, an der Durchführung des Gesetzes mitzuwirken. Das Gesetz habe keinen anderen Zweck, als die Größe und den Bestand des Vaterlandes zu sichern. Es wurde sodann in die Verhandlungen eingetreten. Reichstagsabgeordneter Bauer legte den Inhalt des Gesetzes klar, während Reichstagsabgeordneter Vehring über die Mitwirkung der Organisationen bei der Durchführung des Gesetzes sprach. Beiden Referenten schloß sich eine Aussprache an, in der allseitig der Wille zur Mitarbeit an der Durchführung des Gesetzes fröhlich unterzeichnet wurde. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Die versammelten Vertreter von rund vier Millionen organisierter Arbeiter und Angestellten erklären, an der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes nach Kräften mitzuwirken zu wollen. Wie durch die Organisationen der Arbeiter und Angestellten vertretenen Volkschichten sind bereit, einzutreten und geschlossen alle Kraft in den Dienst unseres Landes zu stellen, damit die Verwirklichung des Gesetzes Deutschlands erfolglos bleiben. Von der Reichsregierung und dem Kriegsamte erwarten die Versammelten weitest-

gehende Förderung der berechtigten Forderungen der Arbeiter und Angestellten auf Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie die Sicherung des Konsumtionsrechtes. Sie fordern eine stärkere Befähigung des Lebensmittelmachers und eine bessere Verteilung der vorhandenen Lebensmittel, damit die arbeitende Bevölkerung die an sie gestellten Anforderungen erfüllen kann.

Für unsere weiblichen Mitglieder.

In wachsendem Maße beschäftigt uns, je länger der Krieg dauert, mehr denn je die berufliche Beschäftigung unserer deutschen Frauen und Mädchen. Und intensiv und sorgfältig müssen und werden auch die beruflichen Organisationen der Arbeiterin sich der Aufgabe zuwenden müssen, daß die Frauennarbeit in Industrie und Gewerbe als eine Kriegsfolge mehr und mehr zunimmt. Das umfomehr, als durch diese Zunahme viele Fragen, wie zum Beispiel der „Arbeiterinnenklub“, die „Lohnungsfrage“ usw. in ganz neue Stadien eingetreten sind; und manche soziale Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterinnen den „Kriegsnotwendigkeiten“ gegenüber in den Hintergrund gedrängt oder sogar durchlöchert wurden. Es dürfte nicht uninteressant sein zu erfahren, daß seit Kriegsbeginn die Zahl der gegen Krankheit verletzten weiblichen Mitgliebereiner über eine halbe Million gestiegen ist. Dazu darf angenommen werden, daß außerhalb dieses Kreises noch eine ganz beträchtliche Anzahl weiblicher Arbeitskräfte hinzukommen, die statistisch nicht erfasst werden, z. B. in der Heimindustrie. Sie alle sind mehr oder weniger infolge des Krieges der beruflichen Beschäftigung beraubt worden und gar viele werden derselben auch dann erhalten bleiben, wenn die „Kriegsnotwendigkeit“ dies nicht mehr direkt fordert.

Was Wunder, wenn die Arbeiterinnenfrage an Bedeutung gewinnt und ganz besonders die Organisationen sich ihr widmen. Nicht als Semiprobleme wollen sich die Gewerkschaften jetzt während des Krieges der Frauennarbeit entgegenstellen, wenn sie sind von deren Notwendigkeit überzeugt, wenn sich auch nicht betreten läßt, daß das starke Anwachsen derselben nicht immer durch die Kriegserwartung bedingt ist und gar oft schöne Gewinnmacht und privatkapitalistisches Interesse der wirksamen Vorwärts treiben. Andererseits sind sie überzeugt, daß Deutschlands Zukunft und damit auch die Zukunft des Arbeiterstandes von der vollständigen Anspannung aller Volkskräfte, und nicht bloß derjenigen unserer wehrfähigen Männer abhängt. Des Wortes Hindenburgs, daß es sich „um Sein oder Nichtsein“ Deutschlands handelt, ist auch den Arbeiterorganisationen sehr wohl bewußt; und sie waren es vor allem, die durch ihr Verhalten alles dasjenige unterstützen, was seitens der verantwortlichen Regierungsstellen zum Durchhalten in notwendig befunden wurde, andererseits aber auch im Interesse des Volkswohles so manche Mängel und Fehler in der Versorgung unseres Volkes, wie sie eine Kriegswirtschaft unbedingt mit sich bringen muß, mit aller Energie bekämpfen!

Es sei hier nur auf die in jüngerer Zeit seitens aller Arbeitgeberverbände gemeinsam erteilten Ermahnungen an ihre Mitglieder hingewiesen, sich nicht durch gebührende Debeten von ihrer treuen Pflichterfüllung im Verzuge abbringen zu lassen.

Was die Arbeiterorganisationen so um die lohnarbeitenden Frauen sorgen läßt, ist: einerseits die Sorge um das Gesamtwohl des Arbeiterstandes. Zum zweiten sind es die besonderen Schwierigkeiten und Verhältnisse, unter denen die Frauennarbeit gegenüber der Männerarbeit stattfindet. Drittens kommt dann vor allem die Sorge um den Bestand und Fortentwicklung unserer sozialen Verhältnisse in Frage, die durch die Frauennarbeit oder besser gesagt, durch die vermehrte Frauennarbeit neue Wege und Formen und deshalb eine vermehrte Beachtung bedingen.

Auf diese drei Dinge näher einzugehen, soll späteren Verhandlungen vorbehalten sein. Damit ist gleichzeitig gesagt, daß unser Verbandsorgan demnach in besonderen Verhandlungen die Lohnarbeit der Frauen befördern will.

Für unsere Ferner, für das Bekleidungs-gewerbe in das um so wertvoller, weil es zu denjenigen gebört, die am meisten Frauen und Mädchen beschäftigen. Dann aber auch sollen sich die Gewerkschaftler in so früher Zeit wie der jetzigen mehr den ihnen zunächst liegenden Fragen zuwenden. Wir werden also in dem Verbandsorgan für unsere weiblichen Mitglieder in der Zukunft unter entsprechendem Titel für sie besonders interessante Artikel bringen. Damit soll nun nicht gesagt sein, daß dieselben von den männlichen Mitgliedern nicht beachtet werden sollen, oder umgekehrt die weiblichen den andern Teil der „Schneider-Zeitung“ übersehen sollen. Im Gegenteil: es ist ja schon gesagt, daß es sich um Fragen der Allgemeinheit handelt, die deshalb auch wichtig für die ganze Arbeiterschaft sind.

Wir hoffen, daß unsere Absicht die Zustimmung unserer Leser findet, und ganz besonders die weiblichen Mitglieder erhöhtes Interesse der „Schneider-Zeitung“ entgegenbringen. Selbstverständlich sind Anregungen oder Hinweise aus dem Kreise der Leser sehr erwünscht. Als nächster Artikel ist beabsichtigt: „Die Frau als Lohnarbeiterin“. Alte und doch stets neue Fragen sollen es sein, die behandelt werden, doppelt wichtig in dieser Zeit der harten Forderungen der Frauen. Selbstverständlich kann von einer vollständigen, erschöpfenden Behandlung solcher Fragen nicht die Rede sein, man muß sich da immer mit kürzeren Auszügen begnügen. Was wir wollen, ist das Interesse werden, und wir hoffen, daß wir Anklänge finden.

Jugendfragen in der Gewerkschaftsbewegung.

Die „Deutsche Arbeit“, Monatschrift der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, veröffentlicht im Novemberheft einen Artikel „Zur Jugendfrage“ von Theodor Krauer, worin das Recht der Gewerkschaften auf den jugendlichen Nachwuchs mit Nachdruck verteidigt wird. Die christlichen Gewerkschaften haben sich seit einigen Jahren eifrig und erfolgreich bemüht, die gewerbliche Jugend in größerem Umfang an sich heranzuziehen. Dies habe in anderen Kreisen Mißtrauen und offenen Widerstand hervorgerufen. Demgegenüber und bei der gegenwärtigen Sachlage gebe es für die christlichen Gewerkschaften nur eins: „Nur eilt recht weiter arbeiten auf dem eingeschlagenen Wege. Es ist ja auch der einzige Weg, um die Jugendlichen selbst dauernd und nachhaltig für ihr Geld zu interessieren und ihnen die Freude der selbständigen Mitarbeit daran zu verschaffen. Dieser Weg ist die mittlere Linie zwischen der selbstständigen Jugendbewegung (ohne Mitwirkung der Erwachsenen) und der Jugendpflege (unter hauptsächlichster Mitwirkung Erwachsener bei mehr fürsorglicher Behandlung der Jugendlichen). Keine andere Jugendorganisation ist in der Lage, die Gewerkschaft bei dieser Art der Jugendarbeit zu ersetzen; es kann nur ein Hand in Hand-Arbeiten derselben mit den Gewerkschaften geben. Ein solches ließe sich beispielsweise hinsichtlich der gewerblichen Fortbildung zwischen christlichen Gewerkschaften und Gewerkschaften und Lehrlingsvereinen außerordentlich fruchtbar gestalten.“

Wel aber das Jugendproblem durch die Gewerkschaften nicht vollständig erfaßt werde, z. B. die sittlich-religiöse Erziehung außerhalb der gewerkschaftlichen Tätigkeit liege. hätten die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1911 mit den katholischen Jugendvereinen eine gegenseitige Arbeits-tellung vereinbart, die den konfessionellen Vereinen die religiös-sittliche Seite überläßt, die aber gleichzeitig auch die Verpflegung, einer gegenseitigen Förderung in sich schloß. Darin erinnert der Verfasser im Hinblick auf die Jugendleistsche, die von einer Zürcher Konferenz der preussischen Bischöfe aus Anlaß der vom Reichstag beschlossenen Abänderung des Weichsvereinsgesetzes bekannt gegeben wurden. „Die christlichen Gewerkschaften“, so heißt es im Anschluß daran, „hätten oft und wiederholt feststellen müssen, daß man ihnen die Ausführung der Beschüsse von 1911 allein überließ. Daher ist aus Gründen der Selbstachtung schließlich noch einmal hervorzuheben, daß die von den christlichen Gewerkschaften gegebene Zustimmung, daß sie die erziehenden, bildenden und unterhaltenden Aufgaben der Jugendpflege den konfessionellen Jugendvereinen überlassen“, nur gegen die Zusage der konfessionellen Jugendvereine zustande gekommen ist, von ihrer Seite aus die Arbeits-tellung zu erleichtern und die Gewerkschaftstätigkeit zu unterstützen. Daher kann die betr. Zusage auch nur gegenüber solchen Jugendvereinen aufrecht erhalten bleiben, die ihrerseits die wirtschaftliche Interessenvertretung den christlichen Gewerkschaften ausdrücklich zuerkennen. Gegenüber Jugendvereinen, die nicht praktisch den christlichen Gewerkschaften die wirtschaftliche Interessen-Wahrnehmung zuerkennen, anerkennen die christlichen Gewerkschaften keinerlei Bindung. Es kommt also beider-seits auf den guten Willen an, der bei den christlichen Gewerkschaften stets vorhanden war und ist.“

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.
Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 2. Wochenbeitrag für 1916 fällig, worauf wir unsere Mitglieder in ihrem eigenen Interesse aufmerksam machen.

Mitglieder! Wahrt Euch durch pünktliche Beitragszahlung Euer Rechte an den Verband. Wer mit seinen Beiträgen sich im Rückstand befindet, hat seinen Anspruch auf Unterstüßung verliert.

Mit der heutigen Zeitungsendung gehen den Zahlstellen die Abrechnungsformulare für das 4. Quartal 1916 zu. Die in allen Zeilen ausgefüllten Formulare nebst den entsprechenden Gebührenträgen müssen bis Ende Januar 1917 an den Zentralvorstand einlangend sein.

Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1917 ist erschienen. Für die Zahlstellenbuchhalter liegt der heutigen Zeitungsendung ein Exemplar bei. Für weitere Lieferungen haben wir uns einen beschränkten Vorrat genehmigt und erübrigen die Zahlstellen ihren Bedarf bei uns baldigst anzumelden.

Den Mitgliedern der Zahlstelle Gömn, welche zum Vereinsdienst eingesetzt sind und die Schneiderzeitung unter ihrer Adressen erhalten, zur Erinnerung, daß wohl. Neben zum Vereinsdienst eingesetzt ist und sich bereits im Rückstand befindet. Wir erfinden die Kollegen, ihren bisher mit der Erbsvermittlung der Zahlstelle Gömn geprüften Verkehr unter der gleichen Adresse aufrecht zu erhalten.

Nachstehend hieran teilen wir die Adressen der zum Vereinsdienst eingesetzten Vornamen mit. Sie lauten: Landsturmann Alois Frei, 2. Landsturm-Infanterie, Postillon Ludwigsburg 13A, Clappen-Inspektion der 2. Armee Komp. v. Reife, Weibler. V. Pöcker, bei Frau Sekretär Kranher, Kamberg, Möhrerstraße 7, 1. Stod. Landsturmann Hermann Wallen, 4. J. A.-Batt. 37, Feldpoststation 412. Geleiter Wilhelm Sandwieser, Ersch. Postillon Landsturm-Infanterie-Regiment Nr. 20, 3. Kompanie, Vadenwald. Johann Röder, 1. Kompanie, 1. Postillon, Ehrenbr. 180, Pragerstr. zur Zeit Eisenborn.

Der Zentralvorstand.
A. A. A. Schwarzmann.

**Zum bevorstehenden
Jahreswechsel**

unseren Mitgliedern die besten Wünsche. Unsere ganz besonderen Wünsche gelten den im Dienste des Vaterlandes für dessen Sicherheit kämpfenden Kollegen. Damit verbunden wir den Wunsch, daß uns ein baldiger Friede und ein frohes Wiedersehen in der Heimat beschert sein möge.

Die Bezirksleiter. Der Zentralvorstand.

Rundschau.

Theorie und Wirklichkeit. Die außerordentliche trappige Zuteilung von Fleisch, Butter, Milch und Eiern an die Städte läßt die Frage berechtigt erscheinen, ob denn die Abhängigkeit Deutschlands von Ausland für Frieden so groß war, daß sie eine solch trappige Nationierung rechtfertige. Eine Betrachtung des Reichsflusses des Aufbaues vom Ausland zum inländischen Verbrauch ist in dieser Hinsicht sehr lehrreich. Es ergibt sich da nämlich, daß der Verbrauch vom Ausland zum Gesamtverbrauch an milchwirtschaftlichen Erzeugnissen (Milch, Butter, Käse) - Kraftfuttermittel in Milch umgerechnet - rund 60 Prozent, der Verbrauch zum Gesamtverbrauch von Eiern und Gerteile rund 40 Prozent betrug. Danach hätte eine viel größere Zuteilung an diesen Nahrungsmitteln an die Städte erfolgen müssen. In Wirklichkeit betrug aber die Einschränkung des Verbrauchs hieran in den Städten circa 90 Prozent gegenüber dem Friedensverbrauch. Wo blieben die restlichen 10 bzw. 10 Prozent? Der Hauptteil ist sicherlich bei den Produzenten auf dem flachen Lande, siedeln geblieben; und die einfachen Leute, daß die Landbewohner auch jetzt im Kriege nicht viel anders als im Frieden leben, werden damit nur bestätigt. Ein Teil mag allerdings auf illegitimen Wegen in den Handel gekommen sein und dort zu exorbitanten Preisen denen zur Verfügung haben, die infolge ihrer großen Kriegsgewinne solche Preise zahlen wollen und können. Jedenfalls würde eine gerechtere Verteilung der tatsächlich vorhandenen Nahrungsmittel zwischen Stadt und Land eine weit größere Zufuhr an Milch, Butter, Käse, Eier, aber auch an Fleisch und Fetten an die Städte und damit die Erhöhung der Nation des Städters an diesen wichtigen Nahrungsmitteln ermöglichen.

Vom Lebensmittelwucher. In einem Berliner Blatt schreibt der Rittergutsbesitzer von Treßow in Giesenbergstraße bei Glatow:

„Wie jeder normal denkende Landwirt halte auch ich es für meine Pflicht, die Städte möglichst mit Lebensmitteln zu versehen. Ich verließ deshalb am vergangenen Sonntagabend 200 Zentner Stoppelrüben an einen städtischen Verkaufsvermittler nach Berlin und bemerkte hierauf, daß an meinem Tisch die Stoppelrüben sehr gern gegessen werden. Sonntagabend kamen die Höchstpreise heraus, der Zentner Stoppelrüben 1,50 M. Das Ergebnis war, daß mir mein Verkäufer aus Berlin telegraphierte, die Stoppelrüben wären unverkäuflich, ich müßte dieselben anderweitig unterbringen. Im Geschäftsleben geht so manches schief und muß mitgenommen werden. Ich fuhr deshalb nach Berlin und schickte die Stoppelrüben über Berlin hinaus - mit dem Gebanten: die Not muß noch nicht so groß sein, wenn die Berliner die so gut schmeckenden Stoppelrüben nicht wollen. Wie ich der weiteren Verfrachtung wegen auf dem Ostbahnhof war, traf ich dort zwei ärmtlich gekleidete Frauen, die in einem Handwagen Kohlrüben fuhren. Auf meine Frage, was sie für die Kohlrüben gegeben hätten, erzählten sie, der Zentner koste 6,50 M. und sie seien glücklich, daß sie so billig gekauft hätten, denn beim Kleinhändler koste das Stück 40 S. Wir zählten die auf dem Wagen liegenden Kohlrüben; es waren 35 Stück. Der Zentner mithin beim Händler 14 M. - Wer treibt nun Bu-

cher? Der Landwirt erhält ab Verladung 2,50 für den Zentner, es sollen dann noch 50 S Frucht auf den Zentner hinzukommen, von hier aus kostet der Zentner nur 25 S. Kommt der mit 200 Zentnern beladene Wagon auf den Ostbahnhof, so stellen sich 200 Zentner auf 600 M, der Zentner also 3 M. Die Frauen fahren auf den Bahnhof und kaufen den Zentner aus dem Wagon heraus mit 6,50 M, also Händleraufschlag auf den Wagon 700 M. Werden die Rüben beim Kleinhändler gekauft, so kosten 200 Zentner zu 14 M den Verbraucher 2800 M. Also der Erzeuger erzielt loco Berlin 600 M für den 200-Zentner-Wagon. Auf dem Bahnhof erzielt der erste Kleinhändler 1300 M, der letzte Händler 2800 M. Weitere Erklärungen überflüssig. Das nennt man dem Volk die Nahrungsmittel billig machen!

Weiber hat Herr von Treßow nur zu recht. So wie es dieser Verkäufer gemacht hat, machten es im vorigen Jahre die Gemüsegroßhändler, als ihnen die Weichsflüchtpreise nicht hoch genug waren. Da muß man fragen, wo steht der Staatsanwalt, wo die Gefängnisstrafen? Das sind einfach unglückliche Zustände.

Die Lagerhaltung des deutschen Reichsbrotens, auf die er Anspruch hat fest sich nach einer den Reichstagen vorgelegten Tabelle aus folgenden Spezies und Getreiden zusammen: Roggen: 250 Gramm frisches oder gebackenes oder geferrotes Mehl oder 150 Gramm geräucherter Mühs, Schwammfleisch usw., oder 150 Gramm Weichsflüchtpreise oder 250 Gramm Salzheringe oder 400 Gramm Nahrungsmittel oder 300 Gramm Salzstücke oder 400 Gramm Weichsflüchtpreise oder 200 Gramm geräucherter Roggen. Weizen: 150 Gramm Weis, Weizen, Orich oder 250 Gramm Hüfentriebe oder Mehl oder 50 Gramm Tiergemüse oder 150 Gramm Weichsflüchtpreise oder 1500 Gramm Matloffeln und Gemüß der vorhererhobten Kategorien. Oder 200 Gramm Weizen oder 1200 Gramm Weizen oder 450 Gramm Zuckertraut oder 150 Gramm Weichsflüchtpreise. Gewürze: 25 Gramm Salz, 25 Gramm Weichsflüchtpreise, 64 Gramm Pfeffer.

Korn: 25 Gramm Kaffee oder 4 Gramm Tee und 17 Gramm Zucker oder 25 Gramm Weizen und 25 Gramm Zucker. Brotlauffricht: 65 Gramm Butter oder 15 Gramm Schmalz, oder 65 Gramm feines Schweinefleisch in Dosen oder 125 Gramm Weichsflüchtpreise oder 125 Gramm Weichsflüchtpreise oder 100 Gramm Käse. Genussmittel: 0,1 Gramm Wein oder 0,1 Liter Frucht-saft. Endlich 750 Gramm Brot oder 100 Gramm Bierweizenbad.

Zuschneide-Schule
Fachwissenschaftliche Lehranstalt 1. Ranges
für die gesamte Herrn- und Damenbekleidung.
Dir. Heinrich Menzel
Breslau v Gartenstraße 46^{II}

Gründliche Ausbildung zum Meister, Zuschneider, und Direktion nach meinem selbstherausgefundenem System.
Kurse für die Meisterprüfung.
Tages- und Abendkurse beginnend am 1. und 15. jeden Monats. Schnellkurse jeberzeit. Kriegsober-lehre 50% Ermäßigung.
Belange Vorkommungen. Prospekte frei.
Schulmeister.

Einfach! Praktisch! Billig!

Zuschneidelchrebuch
(System Weichsflüchtpreise-Mod.)
mit beigelegtem Maß.

Leicht fasslich, unbed. zuverlässig, modern. Nur einfache Körpermaße, schnelle Aufstellung, hochelegante Form. Zerkloster Sig. Preis 8 M., jetzt nur 4 M., und 20 Bg. Porto gegen Nachnahme durch Otto Klein, Berlin SW 47, Wödenstraße 67.

†

Gedenktafel.

Durch den Tod wurde uns unser treues Mitglied, der Kollege
Johann Schmidt
entrißen.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm die
Zahlstelle München.

Den Helden Tod fürs Vaterland starb der Kollege:
Sebastian Glatzmeyer,
Mitglied der Zahlstelle München.
Ehre seinem Andenken!

Bisher wurden uns durch den Krieg 108 treue Verbandsmitglieder entrißen.